

Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 8
Datum 18. Oktober 2017

57 1.601. Budget
Budget 2018

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Auch hier zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird im Detail das grüne Heft "Budget 2018" diskutiert. Danach nehmen wir das rote Dossier, "Produktedefinition/Produktbudget 2018, Sekundarstufe I" und zum Schluss die Abstimmungsbotschaft durch. Gibt es allgemeine Bemerkungen zum Budget?

Hans-Jörg Rhyn (SP): Auf 21 Seiten legt uns der Gemeinderat sehr detailliert das Budget für das Jahr 2018 vor. Ausführlich und übersichtlich wird dargelegt, welche finanziellen Bewegungen im Gesamthaushalt, im allgemeinen Steuerhaushalt und in den vier über Gebühren finanzierten Spezialhaushalten voraussichtlich stattfinden werden. Wer das alles liest, bekommt nicht nur ein Gratisseminar zur Einführung in die neue HRM2-Finanzwelt der Gemeinde, sondern kann sich auch vorstellen, was für ein gewaltiger Aufwand hinter diesem Bericht und Antrag und seinen Grundlagen steckt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese immense und wertvolle Arbeit bestens.

Wir nehmen, bezogen auf den allgemeinen, steuerfinanzierten Haushalt, folgendes zur Kenntnis:

- Eigentlich hätten wir ein Budgetdefizit von 1,48 Mio. Franken.
- Der Erlös aus dem Verkauf des Betagtenheims verbessert die Rechnung um 13,78 Mio. Franken.
- Die periodengerechte Abgrenzung der Lastenausgleiche mit dem Kanton zwingt zur doppelten Belastung im Rechnungsjahr 2018 und ergibt eine Verschlechterung um 7,67 Mio. Franken.
- HRM2 zwingt uns zu zusätzlichen Abschreibungen, beziehungsweise zur Einlage in finanzpolitische Reserven mit einem Betrag von 1,90 Mio. Franken.
- Zum Schluss ergibt sich ein Ertragsüberschuss von 2,72 Mio. Franken, der dem Bilanzüberschuss, das heisst dem Eigenkapital, zugeschlagen wird.

Das ist zwar ein einmaliges, aber trotzdem erfreuliches Ergebnis. Ganz besonders, weil es entsteht, obwohl sich Zollikofen die kostspielige Umstellung auf die periodengerechte Abgrenzung der Lastenausgleiche leistet, ohne dafür das Eigenkapital anzugreifen. Das kann sicher nicht jede Gemeinde.

Klar ist auch der SP-Fraktion, dass damit die Probleme des Finanzplans noch lange nicht beseitigt sind. Der Finanzhaushalt ist immer noch an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Aber, wie der Gemeinderat schreibt, im Budgetjahr 2018 sind keine sofortigen Massnahmen auf der Ertragsseite nötig.

Wir schliessen uns den Ausführungen des Gemeinderates an und stimmen dem Budget 2018 sowohl im steuerfinanzierten Haushalt wie auch im Bereich der Spezialfinanzierungen zu.

Die Gebührensenkung im Bereich Wasserversorgung und Abwasser begrüssen wir. Wir bitten Sie, dem Budget zuzustimmen.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Entschuldigen Sie, es ging etwas schnell, eigentlich wäre zuerst die GPK an der Reihe.

GPK-Präsident Jürg Jenni (GFL): Wir schmolten jetzt (Anm. d. Protokollführerin: allgemeine Erheiterung). Zur Behandlung dieses Geschäftes wurden Kurt Jörg und David Portner beigezogen. Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Budgetunterlagen sowie dem Departementsvorsteher und dem Finanzverwalter für die Sitzungsteilnahme. Die Fragen der Kommission wurden beantwortet und sind jetzt geklärt.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Ich versuche, mich noch kürzer zu halten, ohne die Zahlen von Hans-Jörg Rhyn zu wiederholen, sie stimmen. Das Budget hat mich ausnahmsweise zum ominösen Spruch von Alt-Bundesrat Adolf Ogi veranlasst: "Freude herrscht". Es gibt sicher im Kanton Bern wenige Finanzverwalter, die ein solches Budget präsentieren dürfen. Ich unterstreiche aber das vorher Gehörte dreifach: Es entstand durch Sondereffekte. Effektiv wäre ein Defizit von 1,4 Mio. Franken vorhanden. Nehmen wir einfach zur Kenntnis, dass wir ein gutes Jahr haben durch diese Sondereffekte. Was noch schöner ist: Dass wir die periodengerechte Abgrenzung bei den Lastenausgleichen auf einmal vornehmen können. Es stimmt auch, was gesagt wurde, es gibt auch keine gesetzliche Vorgabe, es wurde herausgeschoben, die Abgrenzungen werden möglicherweise in nächster Zeit vom Kanton empfohlen und werden dann gemacht werden müssen. Für die Einmaleffekte des Altersheims, konnten wir das "unger einisch" im nächsten Jahr vornehmen. Das ist schön und wir können froh sein, dass es so ist. Andererseits haben wir rückläufige Steuereinnahmen, das muss zu denken geben. Dies bei einer wachsenden Bevölkerung. Detailliert gehe ich nicht darauf ein, die anderen Punkte hat Hans-Jörg Rhyn erwähnt.

Ein Wort noch zur Abschlussprognose, Sie haben sie erhalten. Wir haben in den Prognosen fast Fr. 890'000.00 mehr Defizit als budgetiert war. Es war aber auch geschrieben, dass das nicht in Stein gemeisselt ist. Die Steuereinnahmen konnten einfach auf diesen Fakten berechnet werden, die anfangs Jahr sind nicht immer sehr genau. Aber es ist kaum zu erwarten, dass ein kleineres Defizit eintreten wird, als die fast Fr. 800'000.00, die budgetiert sind. Dies zur Kenntnisnahme, wieviel besser es eben ausfällt als die 1,68 Mio. Franken wissen wir auch nicht. Ich bitte Sie, das Budget so zu bewilligen und danke der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit, die Begleitpapiere dazu, alles ist übersichtlich und gut erklärt.

Marcel Remund (FDP): Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Finanzverwalter, seinem Team und dem Gemeinderat für die gute und transparente Darstellung des Budgets 2018 und die Abschlussprognose.

Leider zieht sich der Trend der strukturellen Defizite und der mangelnden Selbstfinanzierung in der Gemeinderechnung weiter. Wir sehen dies in den letzten Jahresabschlüssen, in der Abschlussprognose 2017 und auch in den Finanzplänen bis 2022. Vom positiven Vorzeichen im Budget 2018 darf man sich nicht blenden lassen. Um Sondereffekte bereinigt liegt der Verlust bei 1,5 Mio. Franken.

Angeblich sinkende Steuereinnahmen werden gerne als Gründe für negative Abschlüsse erwähnt. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass es Schwankungen im Steuerertrag geben kann. Im langjährigen Trend nimmt der Steuerertrag zu. Wenn man die Steuereinnahmen positiv beeinflussen will, liegt die Lösung sicherlich nicht in Steuersatzerhöhungen sondern in der Attraktivitätssteigerung der Gemeinde; das heisst, keine unnötigen Behinderungen bei der Schaffung von neuem Wohn- und Arbeitsraum und keine gemeindeeigenen Überregulierungen.

Eine nachhaltige Sanierung kann nur über Ausgabensenkungen erfolgen. Es wurden Anstrengungen unternommen, um Ausgaben weniger stark wachsen zu lassen oder zu senken. Das Problem des zu hohen Aufwandes in der Gemeindekasse bleibt jedoch bestehen. Leider sind die beiden grössten Nettoaufwandsbereiche Soziale Sicherheit und Bildung nur bedingt durch die Gemeindepolitik steuerbar. Die Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe werden weiter steigen. Darum sind konsequente Missbrauchsbekämpfung und auch mal die Verweigerung von nicht zwingenden Sozialleistungen ein Gebot der Stunde. Sonst verliert dieses wichtige soziale Auffangnetz die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Trotz den trüben Aussichten wird die FDP-Fraktion dem Budget so zustimmen. Das Eigenkapital ist dank den Sondereffekten genug hoch. Wichtig ist es, die Zeit zu nutzen, um weitere Einsparpotentiale zu realisieren.

Peter Nussbaum (SVP): Auch wir danken den Verfassern für das aufwändig und sauber aufgestellte Budget. Dass es positiv ausfällt ist keine Überraschung mehr. Wenn ich aber das Ergebnis ohne Sondereffekte betrachte, erschrecke ich schon ein wenig. Da stehen 1,5 Mio. Franken Aufwandüberschuss. Wenn man die Abschlussprognose für das laufende Jahr anschaut, welche ein Negativergebnis in ähnlicher Höhe prognostiziert, fragt man sich schon wie lange es noch geht, bis über Steuererhöhungen diskutiert werden muss. Insbesondere der Trend bei den Steuererträgen gibt zu denken. Umso wichtiger ist es, dass der Erlös des Betagtenheimes in den allgemeinen Haushalt einfließt und damit die bereits erwähnten periodischen Abgrenzungen gemacht werden können. Wie Kurt Jörg es erwähnt hat, werden diese früher oder später vom Kanton vorgegeben werden.

Das Detailbudget haben wir studiert und bei der einen oder anderen Ausgabeposition Spielraum festgestellt. Solange jedoch keine Erhöhungsanträge auf Ausgabenseite gestellt werden, verzichten wir auf Kürzungsanträge und genehmigen das vorliegende Budget.

Marceline Stettler (GFL): "Freude herrscht" tönt es auf dieser Seite, "nicht erfreulich" auf der andern. Sondereffekt hin oder her und auch die Tatsache, dass die Erfolgsrechnung in den letzten Jahren stets besser abgeschlossen hat als budgetiert, beziehungsweise als im Finanzplan vorgesehen war, hilft uns jetzt nicht wirklich weiter.

Das Budget schliesst mit einem Defizit von rund 1,5 Mio. Franken ab, defizitäre Prognose, tiefer Selbstfinanzierungsgrad und so weiter. Ich verzichte darauf, weitere Zahlen zu wiederholen.

Wir haben aber ein Budget vor uns, das von der Verwaltung, in der Finanzkommission und im Gemeinderat mehrmals "gstriglet" worden ist. Die eine Gruppe hat Beträge gestrichen, weil sie sie als nicht wichtig erachteten, die andere Gruppe hat diese zum Teil wieder eingebracht. Die Beträge, die schlussendlich wirklich gespart wurden, sind aber im Verhältnis zu Gesamtausgaben von gegen 48 Mio. Franken eher bescheiden. An diesem Resultat ändert auch die laufende Aufgabenüberprüfung nicht wirklich viel. Mit den vorliegenden negativen Finanzplanergebnissen ist das praktisch ausgeschlossen, dass künftig mit einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung gerechnet werden kann. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge blicken. Was nun? Aus unserer Sicht müssten auch sogenannte nicht freiwillige Aufgaben wie zum Beispiel der Strassenbau betreffend ihrer effizienten Erfüllung angeschaut werden. Weiter ist einer der meist genannten Gründe die sinkenden Einkommenssteuererträge von natürlichen Personen. Interessant wäre ein diesbezüglicher Vergleich mit andern Gemeinden. Ist Zollikofen ein Sonderfall? Fallen wir aus dem Rahmen und wenn ja, warum?

Wir werden dem Budget zustimmen, wenn auch ohne Begeisterung. Wir sagen Ja, weil dieses Budget aus unserer Sicht dank der trotz allem guten Finanzlage von Zollikofen vertretbar ist.

Stellvertretend für die GFL bedanke ich mich beim Finanzverwalter und seinem Team für den zweifellos grossen Aufwand und die äusserst saubere Arbeit. Wir haben ein sehr umfangreiches und detailliertes Budget mit unerhört vielen Zahlen, Nachweisen und Erklärungen vor uns.

Was uns nach wie vor Mühe macht ist die Tatsache, dass in spätestens drei Jahren der ganze Gewinn vom Verkauf des Betagtenheims, das Resultat eines eindrucklichen, generationenübergreifenden Projektes, still und unmerklich versandet ist. Schade.

Mario Morger (glp): An erster Stelle möchte ich der Finanzverwaltung, dem Finanzvorsteher und der Finanzkommission für die ausgezeichnete Arbeit zur Erstellung des Budgets danken. Vor allem die Kommentare und Erläuterungen zum Budget 2018 geben eine sehr gute Übersicht zu den Anschaffungen und längerfristigen Unterhaltsarbeiten. Was wir sehr begrüssen, ist die Senkung der Wasser- und Abwassergebühren. Es ist Zeit, die überdimensionierten Reserven, die in der Vergangenheit aufgebaut wurden, etwas zu reduzieren. Die

grosse Frage bleibt einmal mehr, wie man mit dem strukturellen Defizit umgehen soll. Das scheint immer grösser zu werden. Für 2018 wird es auf 1,5 Mio. Franken geschätzt. Aber die neuste, nach unten korrigierte Prognose für die Rechnung 2017, die wir kürzlich erhalten haben, lässt vermuten, dass es noch härter kommen könnte.

Ich habe ein ungutes Gefühl. Seit einigen Jahren wird immer wieder gesagt, dass die Gemeinde in naher Zukunft an ihre finanziellen Grenzen stossen wird. Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, eine Strategie zu entwickeln, wie man weiterfahren will. Die Steuererträge brechen in Zollikofen weg. Wir leben von vergangenen, besseren Zeiten und verbrauchen mühsam aufgebautes Eigenkapital. Die Kollegin der Grünen Fraktion hat es gesagt: Die 13,7 Mio. Franken aus dem Verkauf des Betagtenheims werden einfach so aufgebraucht. Was es jetzt dringend braucht, ist eine Analyse der Gründe, weshalb sich die Steuereinnahmen entgegen des kantonalen positiven Trends so schlecht entwickeln. Vermutlich hat sich etwas mit der Standortattraktivität in den letzten Jahren verändert, die Mittel- und Oberschicht fühlt sich vermutlich nicht mehr so wohl wie in der Stadt Bern mit Stichwort Themen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gibt auch noch weitere Themen, mit denen wir uns sicher beschäftigen werden.

Wir regen an, dass der Gemeinderat eine Analyse zu den Gründen der schlechten Entwicklung der Steuererträge macht. Wenn er es nicht von sich aus anbietet, werden wir einen entsprechenden Vorstoss formulieren, oder den einer anderen Partei unterstützen.

Wir Grünliberalen hatten bis anhin die Investitionen im Fokus, weil sie die Ausgaben der nächsten 25 bis 40 Jahre auslösen. Aber auch wir wollen eine gesunde Infrastruktur und das Sparpotential immer von Fall zu Fall beurteilt haben. Es braucht also Ideen des Gemeinderates und von allen Parteien, wie wir unsere Finanzen gesund erhalten wollen. Wir Grünliberalen sind bereit, konstruktive Vorschläge zu unterstützen und wir überlegen uns, mit eigenen Vorstössen Lösungen einzubringen.

In der Hoffnung, dass es dem Parlament und dem Gemeinderat endlich gelingt, eine Handlungsalternative aufzuzeigen, beziehungsweise zu finden, stimmen wir dem Budget 2018 zu.

Toni Oesch (fdU): Fürs Budget 2018 werden wieder in Bericht und Antrag und im grünen Detailheft die effektiven Zahlen des Vor-vor-Jahres eingefügt. Das erleichtert die Analyse der Budgetzahlen wesentlich. Herr Portner verdient dafür vielen Dank, auch seiner Equipe, für den guten Job. In der Botschaft wird leider nur auf das Vorjahr verwiesen. Das verfälscht die Aussagen bei etlichen Positionen.

Das Jahr 2018 des allgemeinen Haushalts, das heisst, ohne Berücksichtigung der Sonderereignisse, wird voraussichtlich mit einem Defizit von 1,48 Mio. Franken abschliessen. Unter normalen Umständen wäre dieses Ergebnis verantwortungslos. Aber da kommt das alles beherrschende Ereignis, nämlich die Verscherbeltung unseres beliebten Betagtenheims inklusive Park, für 13,8 Mio. Franken zu Hilfe. Durch Umstellung auf einen neuen Abgrenzungsmodus Ende Jahr und zusätzliche Abschreibungen resultiert jedoch ein reduzierter Ertragsüberschuss von gut 2,72 Mio. Franken.

An dieser Stelle erwähnen wir jeweils die ökonomische Wetterlage. In den USA als Nachwelt-Marktleader hat die Konjunktur gut angezogen. Fed-Chefin Yellen hat dieses Jahr die Zinsen zweimal leicht angehoben. Sie will die 600 Milliarden Staatsanleihen abbauen. Ob sich die Absichten des Präsidenten Trump verwirklichen, ist ungewiss, nämlich Steuersenkungen und ein massives Konjunkturprogramm. Dazu gehört auch die Ungewissheit, was im Fernen Osten passiert. Man muss wissen, dass dort keine OSZE wie in Europa besteht und Südkorea das Waffenstillstandsabkommen nicht unterschrieben hat.

Die europäische Zentralbank beharrt weiterhin auf einem Leitzins von 0,0 %. Bei uns zieht die Konjunktur an. Auch der schwächere Franken gegenüber dem Euro hat Wirkung. Die SNB will weiterhin die Negativzinsen beibehalten. Wenn die Tendenz der Abschwächung der Masseneinwanderung und des Flüchtlingsstroms weiter anhält, wird bei uns eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erfolgen. Wir haben nämlich immer noch zu viele Arbeitslose.

Wenn man diese Wetterlage auf die Verhältnisse von Zollikofen hinunterschraubt, können wir zuversichtlich sein, dass wir weiterhin von Jahr zu Jahr steigende Steuereinnahmen generieren können. Die Beschäftigten von Zollikofen sind mehrheitlich im tertiären Sektor tätig. Konjunkturschwankungen und die Finanzkrise von 2008 sind kaum merkbar gewesen.

Ich komme zu Bericht und Antrag: Letztes Jahr ist die Umstellung von HRM 1 auf HRM 2 vollzogen und aus unserer Sicht auf eine zu kurze Abschreibungsdauer von linear zehn Jahren festgesetzt worden. Köniz geht auf 18 Jahre wie es der Kanton erlaubt. Das heisst, dass Anlagen im Verwaltungsvermögen in dieser Zeit auf null gesetzt werden. Der Gemeinderat ist der falschen Meinung, er könne damit über Abbruch oder Verkauf mit Umgehung des GGR oder der Stimmberechtigten selbst bestimmen.

Seite 4, Ziffer 3, Bezug zum Leitbild *"Gesunde Finanzen sind zum Wohle aller zu erhalten"*. Hier wiederhole ich die Aussage des Gemeinderates zum Geschäft Finanz- und Investitionsplan: *"Die Finanzergebnisse der Folgejahre 2019 bis 2022 weisen jedoch keine Tendenz für gesunde Gemeindefinanzen aus"*. Ich zitiere diese Aussagen, weil sich bisher alle auf die Schultern geklopft haben mit *"wir haben gesunde Gemeindefinanzen"*.

Seite 6, erster Absatz, Fortsetzung von Transferaufwand, Ergänzungsleistungen: In Berücksichtigung der Abschlussprognose wird ein Aufwand von Fr. 2'193'000.00 budgetiert. Dazu eine Bemerkung: Anlässlich des Wirtschaftsanlasses der Gemeinde vom 21. Juni 2017 hat Werner Müller der Senevita und Ex Marazzi über die Logispreise im neuen Alterszentrum referiert und dabei gesagt, wenn die AHV und Rente nicht ausreichen, um die Mieten zu bezahlen, habe man ja die Ergänzungsleistungen. Also unsere Steuergelder gehen in die Säcke der Aktionäre eines französischen Konzerns und eines Luzerner Öl-Magnaten.

Seite 6, Fiskalertrag, Einkommenssteuern natürlicher Personen: Es heisst, gegenüber dem Budgetvorjahr sei eine Abnahme zu verzeichnen. Die Aussage stimmt, stiftet aber Verwirrung, weil für das Vorjahr zu hoch budgetiert worden ist. Das sagt auch die neueste Abschlussprognose. Jedes Jahr steigt der Ertrag aus Steuern natürlicher Personen. Hier lege ich die Zahlenreihe auf, die ich gestern mit David Portner abgecheckt habe (*Anm. d. Protokollführerin*: Toni Oesch legt eine Statistik unter den Visualizer). 2016: 17,18 Mio./ 2017: Budget 18,68 Mio./ 2018: Budget 18,32 Mio. Franken. Die Zunahme von 2016 zu 2018 beträgt 1,14 Mio. Franken. Gemäss Abschlussprognose wird das 2017 um etwa 1 Mio. Franken tiefer liegen, also bei etwa 17,7 Mio. Franken.

Seite 11, Finanzplanresultate, Ausblick: Hier wird im dritten Absatz zum Verkauf des Betagtenheims erwähnt, dass nebst dem Liquiditätszufluss auch die Selbstfinanzierung verbessert wird und *"der wie in den Vorjahren dargelegte Trend einer zunehmenden Neuverschuldung bestehen bleibt"*. Dazu könnten wir sagen, dass wenigstens ein Teil des Verkaufserlöses jenen zu teil werden sollte, die sich mit Rat und Tat und vor allem mit ihren Steuergeldern geholfen haben, dieses gemeindeeigene Heim zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten. Damit meine ich eine Auszahlung in Cash. Aber es heisst im Leitbild, „zum Wohle aller“, genauer gesagt, in naher Zukunft keine Steuererhöhung. Aber nicht vergessen, nächsthin kommt die Erhöhung der Immobilien-Schatzungswerte und damit Mehrertrag beziehungsweise –belastung aus Vermögens- und Liegenschaftssteuern, sowie aus der Erhöhung der Eigenmietwerte. Gut ist in diesem Zusammenhang, dass wenigstens wichtige Gebühren nochmals gesenkt werden, nämlich die Wasser- und Abwassergebühren.

Noch eine Bemerkung zu den Steuern: Letztes Jahr ist von freisinniger Seite eingebracht worden, wir sollten mehr Neuzuzüger zu uns holen, natürlich steuerkräftige. Vergessen wird dabei, dass durch die Berechnungen der Beiträge an die Lastenausgleiche die Zunahme der Einwohner mehr gewichtet, als die Steuereinnahmen.

Auch vergessen werden die Investitionen für die Infrastruktur wie Strassen, Trottoir, Kanalisationen, Kindergärten, Schulen und anderes mehr. Das können wir aus Erfahrung sagen: Zollikofen hat nach dem Krieg einen enormen Zuwachs an Einwohnern erlebt und jahrzehntelang einen beträchtlich höheren Steuerfuss gehabt als die Stadt Bern. Mit der Aufhebung der Einfamilienhauszone und der zukünftigen Verdichtung des Siedlungsgebietes können Sie keine zahlungskräftigen Steuerpflichtigen herlocken. Man muss sogar damit rechnen, dass gute Steuerzahler wegen dieser Verdichtung wegziehen.

20.45 Uhr: Markus Burren erscheint. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Gemeinderat Kurt Jörg (SVP): Zum Votum von Mario Morger kann ich sagen, dass wir im Departement Finanzen daran sind, diese Analyse anzudenken, aber es ist noch nicht abgeschlossen. Im Verlauf des nächsten Jahres werden wir voraussichtlich etwas liefern können.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wir kommen zur Detailberatung des Budgets 2018 und nehmen das grüne Heft zur Hand. Wer sich meldet, der soll bitte die Seite und die Kontonummer angeben. Wir sammeln bei jedem Konto die Voten und zum Schluss kann der Gemeinderat Stellung nehmen.

Toni Oesch (fdU): Konto 9, Finanzen und Steuern, Seite 27, Konto 9100.4000.01, Einkommenssteuern: Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass die Budgetzahlen 2017 viel zu hoch eingesetzt wurden und etwa bei 17,8 Mio. Franken liegen. Auf Seite 12 des Berichtes und Antrages ist ersichtlich, dass der Steuerertrag natürlicher Personen, also Einkommens- und Vermögenssteuer zusammen, von 2016 auf 2018 einen Mehrertrag von Fr. 522'000.00 ergeben wird. 2017 liegt dazwischen.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Nun geht es um die Beratung des roten Dossiers "Produktedefinition/Produktbudget 2018". Wir gehen produkteweise durch. Das Wort ist offen für alle. Das Wort wird nicht verlangt. Die Geschäftsberatung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Die Produktedefinitionen für den NPM-Bereich Sekundarstufe (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2018 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2018 von Fr. 376'860.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Budget 2018, genehmigt.

Beschluss (32 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

C) Zu Handen der Urnenabstimmung:

1. Für das Jahr 2018 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:
 - a) Ordentliche Steueranlage: Das 1,40fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - b) Liegenschaftssteuern: 1,0 ‰ des amtlichen Wertes
2. Das Budget der Erfolgsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Nun folgt die Beratung der Botschaft. Zuerst möchte ich das Wort für allgemeine Äusserungen freigeben. Anschliessend gehen wir die Botschaft seitenweise durch. Gibt es allgemeine Äusserungen zur Botschaft?

Mario Morger (glp): Zur Botschaft habe ich eine allgemeine Bemerkung, ich wäre froh, wenn sie im nächsten Jahr berücksichtigt werden könnte. Es werden recht hohe Anforderungen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gesetzt mit dieser Botschaft. Es ist klar, das ist keine einfache Materie. Als Ökonom kann ich die Botschaft gut nachvollziehen, aber genauso gut kann ich mir vorstellen, dass man ohne Hintergrundwissen sehr schnell überfordert sein kann. Mein Wunsch für die Zukunft wäre, sprachlich noch etwas sensibler an die Sache heranzugehen und noch zwei oder drei zusätzliche redaktionelle Runden mehr einzuplanen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Seite 4, Erläuterung zu den einzelnen Aufgabenbereichen. Unter allgemeine Verwaltung heisst es ab Zeile 70: *"Im Jahr 2018 finden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt, was zu einer Aufwanderhöhung bei der Legislative führt."* Dort müsste man sagen: *"...was zu einer Aufwanderhöhung im Konto der Legislative führt."*

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Toni Oesch (fdU): Die Beträge des Vorjahres sind allgemein im Kästli aufgeführt aber leider nicht im Kommentar.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 3, Zeilen 5 bis 7: Dort wird auf "Ertragswirksamer einmaliger Erlös aus dem Verkauf des Betagtenheims von 13,78 Mio. Franken" hingewiesen. Rechts davon, ab Zeile 50 wird aufgeschlüsselt, wofür das eingesetzt wird. Es werden zwei Einsätze erwähnt. Die 7,67 Mio. Franken Lastenanteile Sozialhilfe, Sozialversicherungen und Familienzulagen für Nichterwerbstätige und die Vornahme der systembedingten zusätzlichen Abschreibungen mit einer Einlage in finanzpolitische Reserven von 1,9 Mio. Franken. Zusammengezählt gibt das noch nicht die ganze Summe. Auf Zeile 51 sollte deshalb "teilweise" oder "grösstenteils" eingefügt werden. Der einmalige Erlös wird grösstenteils durch diese zwei Punkte eingesetzt. Der dritte Teil ist hier nicht erwähnt, er geht woanders hin.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Wenn man zuoberst auf Seite 3 liest: "Beibehaltung der kommunalen Steueranlage von 1,40 Einheiten." Das gehört offenbar zur Aussage, Zeilen 39 und 40, "Im Budgetergebnis 2018 sind folgende Sonderereignisse enthalten". Dann folgt die Tabelle und obenerwähnter Satz. Die Beibehaltung der kommunalen Steueranlage ist meines Erachtens kein Sonderereignis. Dort müsste man vermutlich oben wiederholen "das Budget 2018 sieht vor..."

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Toni Oesch (fdU): Seite 3, Zeile 62 ff.: "Der Steuerertrag aus Einkommenssteuern natürlicher Personen (Haupteinnahmequelle) verzeichnet gegenüber dem Budgetvorjahr eine Abnahme." Die Aussage ist nicht falsch, es sollte aber hier das Jahr 2016 erwähnt werden. Ich stelle keinen Antrag. Hier wird zum ersten Mal der Begriff "Haupteinnahmequelle" verwendet. Er ist von grosser Bedeutung.

Zu Zeile 75: "Es ist jedoch festzuhalten, dass ohne die Sonderereignisse ein defizitäres Budget von rund einem Steueranlagezehntel resultieren würde." Ich schlage vor, dort 1,48 Mio. Franken einzufügen.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 8, rechte Spalte, Zeile 55 ff: "Infolge der verbesserten arbeitsmarktlichen Situation Jugendliche..." Hier müsste es doch heissen "...für Jugendliche..."?

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Mario Morger (glp): Seite 9, Zeile 75: Die Tageskarten sollen von Fr. 42.00 neu auf Fr. 44.00 zu stehen kommen: Ist das im Budget berücksichtigt?

David Portner, Finanzverwalter: Das ist im Budget so enthalten.

Toni Oesch (fdU): Seite 11, Zeile 20, Finanzen und Steuern. Hier wäre es angezeigt, auch das Jahr 2016 zu erwähnen, nämlich einfügen nach dem 2. Satz "Die allgemeinen Gemeindesteuern etc...": "Die Einkommenssteuern natürlicher Personen betragen 2016: 17,18 Mio. Franken, Budget 2017: 18,68 Mio. Franken und 2018: 18,32 Mio. Franken. Diese Zahlen ergeben sich aus dem grünen Heft, Seite 27, Konto Einkommenssteuern. Die habe ich gestern mit David Portner abgestimmt.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Bruno Vanoni (GFL): Darf ich nochmals auf die Tageskarte auf Seite 9 zurückkommen. Der Gemeinderat hat ja den Beschluss zur Preiserhöhung bereits gefasst. Demzufolge könnte man auf Zeile 73 das Wort "voraussichtlich" rausnehmen.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Peter Nussbaum (SVP): Seite 11, Zeile 15, beim Kästli mit den Zahlen: Ich schlage vor, bei den Millionenbeträgen auf die Angabe von Rappen zu verzichten.

GGR-Ratspräsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das ist so aufgenommen, besten Dank.

Marco Bucheli (SVP): Ich ergänze das Votum von Toni Oesch. Die Zahlen sind im Anhang ersichtlich.

Toni Oesch (fdU): Aber dort ist nur eine Zusammenfassung der Steuern enthalten.

Bruno Vanoni (GFL): Seite 13, dritter Punkt, Kreuzung Eichenweg/Länggasse. Dort müsste die Zahl von 0,47 auf 0,145 angepasst werden.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Beschluss (mehrheitlich)

A) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird genehmigt.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE